

Niederschrift

über die 4. Sitzung der Bezirksversammlung in der 19. Amtsperiode am 28. Juni 2011

Vorsitz:	Herr Schulz (zeitweise)	- SPD –
	Herr Hagedorn (zeitweise)	- CDU –
Anwesend:	Frau Gajewski, Frau Jonas, Frau Lewy, Frau Loss, Frau Overbeck, Frau Rajski, Frau Schmager, Frau Vielhaber und Frau Weiß; die Herren Bartels, Beeken, Böhm, Dose, Heimath, Kähler, Kazanci, Krämer, Lipski, Piehl, Rehbein, Schinkel, Schucher, Sielaff und Wiese	- SPD –
	Frau Fischer, Frau Günther, Frau Dr. Jaeger und Frau Stöver; die Herren Bliefernicht, Bonhagen, Fischer, Frommann, von Harten, Hornung, Hoschützky, Klein und Schneider	- CDU –
	Frau Ehlers; die Herren Marek, Preuß, Völko und Wolkau	- GAL –
	Frau Boeddinghaus, Frau Nordbrock und Herr Lübberstedt	- Linke –
	Die Herren Dr. Duwe, von Eitzen und Schuster	- FDP –
Senator der Finanzbehörde:	Herr Dr. Peter Tschentscher (zeitweise)	
Bezirksamt Harburg:		
Bezirksamtsleiter:	Herr Meinberg	
Dezernat Steuerung und Service:	Frau Göhring, Frau Möller und Frau Schulz	
Dezernat Bürgerservice:	Herr Schleiden	
Dezernat Soziales, Jugend und Gesundheit:	Herr Stuhlmann	
Dezernat Wirtschaft, Bauen und Umwelt:	Herr Penner	

Beginn: 17.30 Uhr

Ende: 22.00 Uhr

Bürgerfragestunde:

1. *Herr Ude* (Bürgerinitiative Schafshagenberg) beklagt die geringen Kompetenzen der Bezirksversammlung und kritisiert, dass das Bezirksamt die Bezirksversammlung heute zu einer „Scheinstimmung“ zum Bürgerbegehren „Rettet den Schafshagenberg“ auffordere, damit anschließend die Evokation durch die BWVI erfolgen könne. Damit würde der Wille von mehr als 4000 Harburger Bürgern ignoriert werden.

Herr Fischer erklärt, dass die CDU-Fraktion dem Bürgerbegehren einstimmig folgen werde; alles Weitere liege nicht in der Hand der Bezirksversammlung.

Frau Boeddinghaus bittet um Auskunft, ob die Initiative gewusst habe, dass der Bezirk in dieser Sache gar nicht zuständig sei.

Herr Heimath teilt mit, dass die Bürgerinitiative nach eigener Aussage umfassend über die rechtliche Situation informiert worden sei; die SPD werde dem Bürgerbegehren ebenfalls folgen.

Herr Schuster und *Herr Preuß* weisen darauf hin, dass Beschlüsse der Bezirksversammlung gegenüber Fachbehörden immer nur empfehlenden Charakter hätten; FDP und GAL würden sich bei der Abstimmung über das Bürgerbegehren enthalten.

2. *Frau Gericke* und die *Herren Moll und Wiest* (Anwohner Vogteistraße und Jägerstraße) beziehen sich auf ihre schriftliche Anmeldung und verlesen die darin gestellten Fragen betr. baulicher Zustand, mangelhafte Straßenentwässerung und BAB-Ausweichstrecke.

Herr Heimath erinnert an den einstimmigen Beschluss des Antrags SPD Drs XIX/121 in der letzten Sitzung, der die Herausnahme des Schwerlastverkehrs zum Inhalt hatte. Dieser werde von der Polizei zur Zeit geprüft; eine Antwort liege noch nicht vor. Die mangelhafte Straßenentwässerung sollte untersucht und gegebenenfalls behoben werden; zur Frage des Straßenaufbaus bitte er die Verwaltung um Stellungnahme.

Herr Bliefernicht stimmt zu, dass die Vogteistraße in einem schlechten Zustand sei; da sie aber für den Schwerlastverkehr noch ausreiche, stünden keine Mittel für eine Sanierung zur Verfügung. Bezüglich der Straßenentwässerung sei der Sanierungsbedarf zwar erkannt; die Durchführung verzögere sich aber aufgrund eines Rechtsstreits zwischen der Verwaltung und HSE über die Kostenübernahme.

Herr Penner führt aus, dass der Straßenaufbau der Bauklasse II/22 h entspreche. Die Vogteistraße sei 1953 als Kopfsteinpflasterstraße hergestellt worden und habe in den 60iger Jahren eine Deckschicht aus Asphalt-Feinbeton erhalten. 1974 sei diese im Abschnitt zwischen Küstersweg und Wittheck und Ende der 90iger Jahre zwischen Burgberg und an der Eiche erneuert worden. Die Straße sei zwar ein Flickenteppich, entspreche aber immer noch der Verkehrssicherungspflicht; für eine Geschwindigkeitsbeschränkung fehle deshalb die fachliche Begründung.

3. *Herr Neumann* (Siedlung Wetterstraße) verliest die schriftlich vorliegenden Fragen zum Thema „Erweiterung der vorhandenen Wohnunterkunft bzw. Errichtung einer weiteren Unterkunft“.

Herr Fischer erinnert an die in der letzten Sitzung bereits abgegebene Stellungnahme der CDU; diese lehne eine Erweiterung der vorhandenen Unterbringungsmöglichkeiten in dem Bereich Wetterstraße ausdrücklich ab, weil dies zu einer sozialunverträglichen Wohnsituation führen würde. Die CDU habe deshalb heute unter TOP 6 den Antrag Drs XIX/169 eingebracht, mit dem gefordert werde, in diesem Bereich den Bau von Reihenhäusern und kleinen Einfamilienhäusern

zu ermöglichen.

Herr Heimath schließt sich an; die Verwaltung müsse jetzt unverzüglich Gespräche mit der SAGA aufnehmen, um eindeutige Aussagen über deren Wohnungsbauabsichten in dem Gebiet zu erhalten und dann entsprechende Pläne zu erarbeiten (siehe auch TOP 6 Antrag SPD/FDP Drs XIX/233). Dieser Punkt müsse zunächst geklärt werden, bevor eine Erweiterung der Einrichtung an der Wetterstraße überhaupt erst geprüft werden könne. Die Schaffung von zusätzlichen Unterbringungsmöglichkeiten in der Straße Zehntland werde ausdrücklich abgelehnt.

Herr Wolkau erkennt zwar die gesamtstädtische Verantwortung Harburgs an; die GAL lehne jedoch Massenunterkünfte grundsätzlich ab und bevorzuge stattdessen kleine Einheiten für die Unterbringung von Menschen mit sozialen Problemen. Sie werde sich dafür einsetzen, dass eine Erweiterung auf dem Gelände von Fördern&Wohnen nur unter diesen Voraussetzungen stattfinde.

Herr Schuster schließt sich den Herren Heimath und Wolkau an; die FDP plädiere ebenfalls für Wohnungsbau am Zehntland und halte eine verträgliche Erweiterung mit wenigen Plätzen an der Wetterstraße für geboten.

Frau Boeddinghaus würdigt ausdrücklich die gute Nachbarschaft, die von den Anwohnern in dem betroffenen Bereich entwickelt worden sei und gelebt werde. Um diese zu erhalten, sei es notwendig, allen Interessengruppen gerecht zu werden. Die Linke habe deshalb zunächst eine Anfrage gestellt, um sich eine umfassende Meinung bilden zu können. Erst wenn die Antwort darauf vorliege, könne man die Integrationskraft der Unterzubringenden beurteilen und ggf. entsprechende Konzepte entwickeln.

Auf Nachfrage von Frau Gebhard (Anwohnerin der Wetterstraße) stellt *Herr Penner* nachdrücklich fest, dass das Bezirksamt eine Arrondierung der Siedlung anstrebe und deshalb eine Ausweitung der öffentlichen Unterbringung auf der Fläche am Zehntland und auch eine mögliche Gewerbeansiedlung ablehne. Die Verwaltung befinde sich seit einigen Jahren in Gesprächen mit der Eigentümergesellschaft; diese habe sich aber noch nicht auf ein konkretes Konzept für Wohnungsbau festgelegt. Erst wenn dies geschehen sei, könne der Dialog mit den politischen Gremien und der Öffentlichkeit aufgenommen werden.

Tagesordnung:

A. Öffentlicher Teil

1. Besuch des Senators der Finanzbehörde Ausführungen durch Herrn Dr. Peter Tschentscher

Herr Dr. Tschentscher führt aus, dass er nicht nur Finanzsenator sondern auch Senator für die Bezirke sei. Als solcher wolle er alle Bezirke besuchen, um deren wichtige Probleme aber auch die positiven Entwicklungsperspektiven kennenzulernen. So habe er heute festgestellt, dass auch in den Harburger Kundenzentren aufgrund der Einführung des neuen Personalausweises erhebliche personelle Engpässe entstanden seien. Hier müsse ein Weg gefunden werden, um das in Hamburg vorhandene Personal für diese Pflichtaufgaben der Stadt einzusetzen; eine schnelle Lösung könne er jedoch aufgrund der begrenzten Handlungsmöglichkeiten nicht anbieten.

Der Bezirksamtsleiter habe ihm aber heute auch die Dinge vorgestellt, die den Bezirk Harburg zu etwas Besonderem machen wie z.B. das historische Rathaus mit dem neu entstehenden Rathausforum. Auch der Harburger Binnenhafen und die Schlossinsel würden aufgrund der gelungenen Kombination von Wohnen und Gewerbe sowie Stadt und Wasser eine bemerkenswerte Entwicklung erfahren; der Senat werde diese nach Kräften unterstützen.

Abschließend würdigt er die Verdienste der Bezirkspolitik als wichtige Schnittstelle zwischen Bürgern, Politik und Verwaltung und fordert die Bezirksversammlung auf, gegenüber dem Senat als Basis für einen gesunden Austausch durchaus auch gut begründete kritische Punkte anzusprechen. Er versichert, dass er sich für sorgfältige Abwägungen und Entscheidungen einsetzen werde.

Die Fraktionen bedanken sich für den Besuch des Senators und sein Interesse für die Harburger Belange; in der anschließenden Fragerunde werden folgende Bitten bzw. Wünsche geäußert:

Herr Fischer Die Stellungnahmefristen für Senatsdrucksachen u.ä. seien immer noch viel zu kurz; teilweise würden sie nur wenige Tage bzw. Stunden betragen, sodass eine Beteiligung der bezirklichen Gremien nicht möglich sei. Hier müsse endlich Abhilfe geschaffen werden.

Herr Dr. Tschentscher sagt zu, dass er dieses Thema im Senat ansprechen und mit der Forderung verbinden werde, die Fristen so zu gestalten, dass man von einer echten Beteiligung sprechen könne.

Frau Boeddinghaus Der Bezirk Harburg habe große soziale Probleme; dies werde durch die neue Haspa-Studie und die vorhandenen RISE-Daten bestätigt. So lebe z.B. jedes 2. Kind in Armut; es gebe viele Alleinstehende mit Hartz IV und viele Arbeitslose ohne Perspektive. Sie fragt nach der Zukunft der RISE-Programme bzw. nach Alternativen. *Herr Dr. Tschentscher* versichert, dass der Senat diese sozialen Fragen jetzt ernsthaft angehen werde mittels Prävention und Hilfestellung über die vorhandenen Systeme wie z.B. die Bewilligung von SAE-Projekten. Eine abgeschlossene Lösung dieser schwierigen Frage könne er heute jedoch nicht anbieten. Er sei sich nicht sicher, ob die Fortsetzung von RISE klug wäre; letztendlich habe dies jedoch der Senat nach eingehender Prüfung zu entscheiden.

Herr von Eitzen Die Einrichtung eines nutzbaren parlamentarischen Informationsdienstes für die Bezirksversammlungen müsse endlich umgesetzt werden. Außerdem bitte er darum, den Leerstand von stadteigenen Häusern in Neuenfelde schleunigst zu beenden. *Herr Dr. Tschentscher* sagt zu, dass die Beschaffung eines neuen verbesserten Ratsinformationssystems mit Nachdruck betrieben werde. Bezüglich des Leerstands in Neuenfelde habe die SAGA jetzt eine zügige Vermietung zugesagt.

Herr Heimath spricht die hohen Erschließungskosten für das Neubaugebiet NF 66 auf dem Gelände der ehemaligen Röttiger-Kaserne an. Um diese zu senken, sollten die ursprünglich für Gewerbe vorgesehenen Flächen an der Cuxhavener Straße auch für Wohnungsbau zugelassen werden. Er bitte daher – auch vor dem Hintergrund der in Hamburg herrschenden Wohnungsnot – um entsprechende Prüfung. *Herr Dr. Tschentscher* stimmt zu, dass dieser Vorschlag mit Nachdruck verfolgt werden sollte; er wisse jedoch zur Zeit nicht, ob es Gründe gebe, die dagegen sprechen.

Der Vorsitzende weist darauf hin, dass auf Empfehlung des Ältestenrats Punkt 33 der Tagesordnung (Drs XIX/218) vorgezogen werde und im Anschluss an TOP 7 behandelt werden solle.

Die Bezirksversammlung ist einverstanden.

2. Aktuelle Stunde

Es wurde kein Thema angemeldet.

3. Haushaltsangelegenheiten

3.1 Rahmenzuweisungen 2011/2012

Vorlagen Bezirksamt Drucksachen XIX/210, XIX/211, XIX/212, XIX/213 und XIX/219

Die Bezirksversammlung stimmt den Drucksachen einstimmig zu.

3.2 Vorlage Bezirksamt Drs XIX/146

betr. ESF-Projekt: Arbeitsmarktpolitische Aktivierung alkoholkonsumierender Personen im öffentlichen Raum (Bezirk Harburg)

Die Bezirksversammlung stimmt der Drucksache einstimmig zu.

3.3 Vorlage Bezirksamt Drs XIX/137

betr. Erstaussstattung der Sporthalle BGZ Neugraben für Bundesliga-Sport

Die Bezirksversammlung stimmt der Drucksache einstimmig zu.

3.4 Vorlage Bezirksamt Drs XIX/149

betr. Soziale Sportförderung

Herr Schneider gibt folgenden Hinweis zu Protokoll:

Ziffer 4 des neuen Verfahrens beziehe sich nicht nur auf gewerbliche Sportfirmen sondern auch auf die im Hamburger Sportbund organisierten Vereine, d.h. der Differenzbeitrag aus der sozialen Sportförderung sei auch in diesem Fall zu begrenzen auf 30 Euro pro Antrag und Jahr.

Die Bezirksversammlung nimmt Kenntnis und stimmt der Drucksache einstimmig zu.

3.5 Antrag Grüne/GAL Drs XIX/155

betr. Harburger Gesundheitstag 2011

Herr Stuhlmann informiert, dass die Gesundheitstage der letzten Jahre immer von LBK-Rückkehren durchgeführt worden seien. Da diese jetzt nicht mehr zur Verfügung stünden, weil sie in feste Arbeitsverhältnisse gekommen seien, könne die Harburger Verwaltung in diesem Jahr keinen Harburger Gesundheitstag veranstalten.

Herr Beeken schlägt die Überweisung des Antrags in den Ausschuss für Soziales, Gesundheit, Arbeit und Integration vor, um dort ggf. zu beraten, ob im Zusammenhang mit dem im nächsten Jahr stattfindenden Hamburger Gesundheitstag spezielle Harburger Aktionen stattfinden könnten.

Herr Wolkau bedauert die Absage; er hätte sich eine Verstetigung der bisher durchaus erfolgreichen Veranstaltung gewünscht, weil nur dann eine gewisse Nachhaltigkeit erreicht werden könne. Die GAL sei aber mit der Überweisung einverstanden.

Die Bezirksversammlung überweist den Antrag zur weiteren Behandlung in den Ausschuss für Soziales, Gesundheit, Arbeit und Integration.

- 3.6 Interfraktioneller Antrag Drs XIX/215**
betr. Haushalt 2011 – Bezirkssondermittel und Stadtteilkulturmittel
hier: Ausrichtung der Bundeskonferenz Frauenkultur

Die Bezirksversammlung stimmt dem Antrag einstimmig zu.

- 3.7 Interfraktioneller Antrag SPD/GAL/Linke/FDP Drs XIX/214**
betr. Haushalt 2011 – Stadtteilkulturmittel des Bezirkes

Die Bezirksversammlung stimmt dem Antrag mit Mehrheit (1 Gegenstimme) zu.

- 3.8 Vorlage Bezirksamt Drs XIX/217**
betr. Haushalt 2011 – Bezirkssondermittel
hier: Erstausstattung des Kulturhauses Süderelbe im BGZ – Aufhebung des Sperrvermerks

Die Bezirksversammlung stimmt der Drucksache einstimmig zu.

- 3.9 Vorlage Bezirksamt Drs XIX/221**
betr. Harburger Integrationspreis 2011

Die Bezirksversammlung stimmt der Drucksache einstimmig zu.

4. Angemeldete strittige Punkte aus den Fachausschüssen

Es liegt nichts vor.

- 5. Interfraktioneller Antrag Drs XIX/84**
betr. Hafenschlickdeponie Moorburg

Interfraktioneller Antrag Drs XIX/167
betr. Zusatzgutachten zur geplanten Schlickdeponie Moorburg

Interfraktioneller Antrag Drs XIX/208
betr. Baggergutunterbringung in Moorburg

Interfraktioneller Antrag Drs XIX/228
betr. Baggergutdeponie in Moorburg – Vereinbarkeit mit dem Hafentwicklungsgesetz (HEG)

Interfraktioneller Antrag Drs XIX/229
betr. Baggergutdeponie in Moorburg – Vereinbarkeit der Standortentscheidung mit den geplanten Infrastrukturmaßnahmen Anbindung A 26 an die A 7 und Hafenuferspange (HQS)

Interfraktioneller Antrag Drs XIX/230
betr. Baggergutdeponie in Moorburg – Abstimmung mit „Hamburg Wasser“

Die Bezirksversammlung stimmt den vorstehenden Anträgen einstimmig zu; die Drucksachen XIX/229 und XIX/230 werden zur weiteren Behandlung in den Stadtplanungsausschuss überwiesen. Die Stellungnahme der Verwaltung wird zur Kenntnis genommen.

**6. Vorlage Bezirksamt Drs XIX/139
betr. Vertrag für Hamburg – Wohnungsneubau**

**Anträge CDU Drs XIX/168, XIX/169, XIX/170, XIX/171, XIX/172 und XIX/173
betr. Harburg – Wohnungsbauintiativen I – VI**

**Antrag Die Linke Drs XIX/223
betr. Vereinbarung zwischen Senat und Bezirken zum Wohnungsneubau**

**Antrag SPD Drs XIX/227
betr. Röttiger-Kaserne – Bebauungsplanverfahren Neugraben/Fischbek 66**

**Interfraktioneller Antrag SPD/FDP Drs XIX/233
betr. Neuer Wohnungsbau am „Zehntland“**

Herr Meinberg führt aus, dass mit diesem zwischen den Bezirken und dem Senat ausgehandelten Vertrag ein ganz neuer Weg beschritten werde, um den Wohnungsbau in Hamburg auf das Niveau von 6000 Neubauwohnungen pro Jahr zu bringen. Für Harburg bedeute dies eine Verpflichtung für jährlich 700 Wohnungen – ein großes Ziel, das in den vergangenen Jahren auch nicht annähernd habe erreicht werden können. Der Bezirk sei jedoch durchaus in der Lage, diese Aufgabe zu bewältigen, wenn nicht nur die bisherigen Pläne intensiviert sondern auch beispielsweise bisher für Gewerbe vorgesehene Flächen oder Konversionsflächen in Angriff genommen werden. Innerstädtisches Wohnen sei für Harburg sehr wichtig; es seien viele verschiedene Wohnformen (für Studenten, Senioren und Familien) in allen Preissegmenten bereitzuhalten – auch Reihen- Doppel- und Einzelhäuser dürften nicht fehlen, um die Abwanderungstendenzen in den Landkreis aufhalten zu können. Mit einer derartigen Mischung könnten die vom Senat vorgegebenen Ziele verwirklicht und auch ein Anteil von rund einem Drittel öffentlich geförderter Wohnungsbau geschaffen werden. Der Senat habe die entsprechende Senatsdrucksache heute morgen beschlossen.

Herr Kazanci verweist auf den in den letzten Jahren in Hamburg entstandenen Wohnungsmangel und die ständig steigenden Mieten in Hamburg; die SPD begrüße diesen Vertrag deshalb ausdrücklich, weil er auch in großem Maße den bezirklichen Interessen Rechnung trage. So sage er zum Beispiel aus, dass die Planungshoheit ausdrücklich bei den Bezirken liege. Die Fachbehörden hätten sich auf die Wahrnehmung wichtiger gesamtstädtischer Aufgaben zu konzentrieren und die Zuständigkeit der Bezirke für die verbindliche Bauleitplanung zu gewährleisten. Die Bezirke würden zusätzliche Mittel (aus Gebührenmehreinnahmen) für mehr Planstellen oder für die Beauftragung von Dienstleistern sowie für Mehrbedarfe von Planungskosten und Beteiligungsprozessen erhalten – außerdem würden 14 Mitarbeiter von der BSU in die Bezirke abgeordnet werden.

Desweiteren enthalte der Vertrag Regelungen zur Bürgerbeteiligung und zu den bezirklichen Wohnungsbauprogrammen und –konferenzen. Der Stadtplanungsausschuss habe gestern abend die Durchführung einer Wohnungsbaukonferenz für Harburg beschlossen; ein entsprechendes Wohnungsbauprogramm solle noch in diesem Jahr verabschiedet werden. Die SPD halte den Vertrag insgesamt für ausgewogen und werde deshalb der Drucksache XIX/139 neu zustimmen.

Herr Heimath weist ergänzend darauf hin, dass die SPD die Anträge der CDU Drs XIX/170 und 171 ablehnen werde – ebenso wie den Antrag Der Linken Drs XIX/223, weil dieser eine Änderung des Vertrages bedeuten würde und völlig überzogene Forderungen enthalte. Für die Anträge CDU Drs XIX/168 und 169 schlage er die Überweisung ohne Annahme in den Stadtplanungsausschuss vor – ebenso für die Anträge XIX/172 und 173; diesen könne die SPD jedoch zustimmen, weil es sich um Prüfungsanträge handele.

Herr Lübberstedt schließt sich in weiten Teilen den Ausführungen von Herrn Kazanci an und betont, dass die Linke die Inhalte des Vertrages grundsätzlich unterstütze. Er kritisiert jedoch die Politik der vergangenen Senate; diese habe erst zu der heute herrschenden Wohnungsnot in Hamburg geführt,

weil sie nur auf hochwertigen Wohnraum gesetzt und zu wenig bezahlbare Wohnungen gebaut habe. Deshalb plädiere die Linke für eine Erhöhung der im Vertrag angestrebten Zahl von 6000 Wohnungen auf 8000 Wohnungen jährlich; davon sollten statt 30 mindestens 50 % im öffentlich geförderten Wohnungsbau entstehen. Nur dann könne eine deutliche Entspannung und Verbesserung auf dem Wohnungsmarkt erreicht werden.

Er signalisiert für die Anträge Drs XIX/168 und 169 Ablehnung und für die Anträge Drs XIX/172 und 173 Zustimmung, weil es sich um Berichtsanträge handele. Bei den Anträgen Drs XIX/170, 171 und 233 werde die Linke sich enthalten; diese sollten in das Gesamtkonzept einbezogen werden.

Herr Preuß merkt an, dass die GAL die Ziele des Vertrages ausdrücklich teile, kritisiert aber, dass heute schon eine Festlegung auf 700 Wohnungen für den Bezirk erfolgen solle, obwohl das in Auftrag gegebene Wohnungsmarktgutachten noch nicht vorliege – erste Ergebnisse über die erforderliche Anzahl, Größe und Schnitt der Wohnungen sowie die Nachfrage würden frühestens Mitte September erwartet. Hinzu komme, dass die Beschlussfassung über den Vertrag im Senat bereits stattgefunden habe, obwohl noch nicht alle Bezirksversammlungen darüber befunden hätten; die GAL halte dieses Verfahren für fragwürdig und werde sich deshalb bei der Abstimmung über die Drs XIX/139 neu enthalten.

Herr Schuster erklärt die grundsätzliche Zustimmung der FDP zum Wohnungsbauvertrag, wobei diese den Schwerpunkt auf familiengerechtes Wohnen lege, da es – besonders in Harburg - einen eklatanten Mangel an Wohnungen für junge Familien gäbe, die gerade eben nicht förderungswürdig seien. Für den sozialen Wohnungsbau seien alle Bezirke in die Verantwortung zu nehmen; außerdem müsse er den jeweiligen bezirklichen Bedürfnissen angepasst und nicht willkürlich verteilt werden. Der Antrag der Linken werde deshalb abgelehnt. Die FDP fordere eine gründliche Bedarfsermittlung und plädiere dafür, die Ergebnisse der bezirklichen Wohnungsbaukonferenz und des Wohnungsbauprogramms abzuwarten, bevor weitere Initiativen gestartet werden.

Herr Fischer hebt hervor, dass es laut Aussage der zuständigen Senatorin in Hamburg keine außergewöhnliche Wohnungsnot gebe; in vielen Stadtteilen sei ausreichend Wohnraum zu bezahlbaren Preisen vorhanden. Die verfehlte Stadtentwicklungspolitik der letzten 50 Jahre habe aber dafür gesorgt, dass eine große Anzahl dieser Stadtteile – insbesondere auch Harburg – ihre Anziehungskraft verloren hätten und ihre Attraktivität jetzt mühsam gesteigert werden müsse.

Die CDU lehne den Vertrag aus folgenden Gründen ab:

- Die Aufteilung der Wohneinheitenzahl auf die Bezirke sei ungerecht, weil sie andere Lasten nicht berücksichtige, die der einzelne Bezirk bereits für die gesamte Stadt trage wie z.B. Spülfelder, Verkehr, Gewerbe.
- Die Konfliktlösungsregelungen seien viel zu bürokratisch und würden nach wie vor eine Halb-Evokation erlauben.
- Die zugesagten Mitarbeiter würden im Bezirk dauerhaft gebraucht und nicht nur für eine Übergangszeit.

Abschließend geht er kurz auf die Anträge der CDU Drs XIX/168 – 173 ein und verweist auf die im Text enthaltenen Begründungen.

Nach weiterer kurzer Diskussion beschließt *die Bezirksversammlung* wie folgt:

Vorlage Bezirksamt Drs XIX/139 neu	mehrheitliche Zustimmung
Antrag Die Linke Drs XIX/223	damit erledigt
Antrag CDU Drs XIX/168	mehrheitl. Überweisung in den Stadtplanungsausschuss
Antrag CDU Drs XIX/169	einst.Überweisung in den Stadtplanungsausschuss
Antrag CDU Drs XIX/170	mehrheitliche Ablehnung
Antrag CDU Drs XIX/171	mehrheitliche Ablehnung
Antrag CDU Drs XIX/172	einstimmige Zustimmung und Überweisung in den Stadtplanungsausschuss
Antrag CDU Drs XIX/173	einstimmige Zustimmung und Überweisung in den

Antrag SPD Drs XIX/227 – Punkt 1	Stadtplanungsausschuss einstimmige Zustimmung und Überweisung in den Stadtplanungsausschuss
Antrag SPD Drs XIX/227 – Punkt 2	mehrheitliche Zustimmung und Überweisung in den Stadtplanungsausschuss
Interfraktioneller Antrag Drs XIX/233 (SPD/FDP)	mehrheitliche Zustimmung.

Nach der Pause übernimmt Herr Hagedorn den Vorsitz.

**7. Antrag Grüne/GAL Drs XIX/154
betr. Fortbestand des Vereins „Jugend in Arbeit“ im Harburger Binnenhafen**

**Antrag CDU Drs XIX/175
betr. Betrieb der Werft von „Jugend in Arbeit Hamburg e.V.“**

**Antrag Die Linke Drs XIX/224
betr. Fortbestand des Vereins „Jugend in Arbeit“ im Harburger Binnenhafen**

Frau Fischer hebt die große Bedeutung des Vereins „Jugend in Arbeit“ – nicht nur für Harburg sondern auch für ganz Hamburg – hervor. Er unterstütze als Beschäftigungs- und Qualifizierungsträger zahlreiche Menschen bei der Entwicklung neuer Perspektiven und der Integration in den ungeförderten Arbeitsmarkt; auch die Entwicklung der Schlossinsel und des Harburger Binnenhafens sei eng mit dem Betrieb der Werft verbunden. Leider habe der Verein im Mai diesen Jahres Insolvenz anmelden müssen, da er aufgrund der Sparmaßnahmen zu wenig öffentlich geförderte Arbeitskräfte zugewiesen bekommen habe. Außerdem habe es vor einiger Zeit Vorwürfe über eine unsachgemäße Verwendung von öffentlichen Mitteln gegeben, die zur Zeit geprüft würden. Die CDU fordere daher die Entwicklung von Möglichkeiten zur Fortführung der verdienstvollen Traditionswerft; darüber und über das Ergebnis der Prüfung sei im zuständigen Fachausschuss zu berichten. Für die Anträge der GAL und der Linken schlage sie die Überweisung in den Ausschuss ohne Annahme vor.

Herr Kähler schließt sich Frau Fischer an; die SPD unterstütze aus den genannten Gründen ausdrücklich die Forderung nach dem Erhalt des Vereins und werde daher dem Antrag der CDU sowie der Überweisung der anderen Anträge ohne Annahme zustimmen.

Herr Wolkau und *Herr Schuster* schließen sich ebenfalls an; die herausragende Arbeit und die Bedeutung des Vereins seien unstrittig. Deshalb wäre es ein wichtiges Signal, „Jugend in Arbeit“ jetzt vorbehaltlos zu unterstützen, damit die endgültige Insolvenz abgewendet werden könne. Die in der Presse erhobenen Vorwürfe seien mittlerweile entkräftet; die Prüfung habe ergeben, dass Personaleinsatz und Arbeitssicherheit ordnungsgemäß und nicht zweckwidrig durchgeführt worden seien.

Frau Boeddinghaus erklärt, dass für Die Linke die Zukunft der dort beschäftigten Jugendlichen und Langzeitarbeitslosen eine hohe Priorität habe. Der Senat sollte daher zur Abwendung einer endgültigen Insolvenz zunächst eine Zwischenfinanzierung ermöglichen, da Eile geboten sei. Die Linke werde allen Anträgen zustimmen.

Herr Stuhlmann erläutert kurz den Sachverhalt. Der zur Zeit eingesetzte vorläufige Insolvenzverwalter unterstütze den Vorstand des Vereins bei der Wahrnehmung der Geschäfte; die festen Arbeitsverhältnisse bestünden alle noch. Die Arbeitsverhältnisse im AGH-Verfahren würden wie bei allen Hamburger Trägern bis zum Ende des Jahres weiterlaufen. Der Senat habe angekündigt, dass vor dem Hintergrund der Kürzungen der Bundesmittel die Hamburger Beschäftigungspolitik neu ausgerichtet

werden müsse – dies betreffe auch den Verein „Jugend in Arbeit“. Diese Neuausrichtung werde im Herbst dargestellt werden und für alle Träger Grundlage der Interessenbekundungsverfahren sein. Er empfehle deshalb, auch die Fachbehörden und den Vorstand des Trägers in den zuständigen Ausschuss – möglichst zur ersten Sitzung nach der Sommerpause – einzuladen, damit dort das neue Konzept vorgestellt werden könne.

Die Bezirksversammlung ist einverstanden, stimmt nach weiterer Diskussion dem entsprechend geänderten Antrag CDU Drs XIX/175 neu einstimmig zu und überweist ihn zur weiteren Behandlung in den Ausschuss für Soziales, Gesundheit, Arbeit und Integration; die Anträge Grüne/GAL Drs XIX/154 und Die Linke Drs XIX/224 werden ohne Annahme in den Ausschuss überwiesen.

**7a. Vorlage Bezirksamt Drs XIX/218
betr. Zustimmung zum Bürgerbegehren „Rettet den Schafshagenberg“**

Die Bezirksversammlung stimmt der Drucksache und somit dem Bürgerbegehren einstimmig zu.

**8. Antrag SPD Drs XIX/193
betr. Einrichtung von Tempo 30 vor den Schulen am Sinstorfer Weg**

**Antrag Grüne/GAL Drs XIX/153
betr. Tempo 30 Sinstorfer Weg**

**Antrag FDP Drs XIX/232
betr. Tempo 30 Sinstorfer Weg**

Die Bezirksversammlung stimmt den Anträgen SPD Drs XIX/193 und FDP Drs XIX/232 einstimmig zu und lehnt den Antrag Grüne/GAL Drs XIX/153 mit Mehrheit ab.

**9. Interfraktioneller Antrag Drs XIX/174
betr. Wilhelmsburger Reichsstraße während der Internationalen Gartenschau**

Die Bezirksversammlung stimmt dem Antrag einstimmig zu.

**10. Antrag Die Linke Drs XIX/147
betr. Nutzung Hans-Fitze-Straße 33 für sozio-kulturelle Initiativen**

**Antrag SPD Drs XIX/226
betr. Leerstände nutzen und Harburgs Kultur- und Kreativwirtschaft stärken**

Frau Boeddinghaus berichtet, dass es sich bei der im Antrag genannten Kulturinitiative um einen Zusammenschluss von Harburger Kulturschaffenden und auch Studenten handele, die das Haus Hans-Fitze-Straße 33 für einen guten Standort halten, um sich zu treffen, zu musizieren und Theater zu spielen – auch, weil dort Lärmbelästigungen für Anwohner so gut wie ausgeschlossen seien. Der ASTA der TUHH unterstütze dieses Vorhaben ausdrücklich, weil es dazu beitragen könne, Harburg für junge Leute attraktiver zu machen. Die Linke fordere deshalb, die geplante Prüfung eines möglichen Verkaufs des Grundstücks zurückzustellen und stattdessen gemeinsam mit den Interessenten eine dauerhafte kulturelle Nutzung der Liegenschaft zu prüfen.

Frau Lewy stellt fest, dass sich die SPD eine derartige Nutzung des Hauses durchaus vorstellen könne,

macht aber darauf aufmerksam, dass es zur Zeit in Harburg viele Kulturschaffende und Kreative gebe, die in diversen Leerständen gerne Projekte anfangen würden. Der Antrag der SPD sei daher umfassender, weil er die „Hamburg Kreativ Gesellschaft“ als Förderangebot und Beratungs – und Servicestelle mit einbeziehe. Für den Antrag der Linken schlage sie die Überweisung ohne Annahme in den Ausschuss für Kultur, Bildung, Sport und Stadtteilentwicklung vor, weil noch eingehendere Informationen benötigt würden; anschließend könne gegebenenfalls eine Einbeziehung in die Gesamtdiskussion erfolgen.

Die Bezirksversammlung stimmt dem Antrag SPD Drs XIX/226 einstimmig zu und überweist den Antrag Die Linke Drs XIX/147 zur weiteren Behandlung in den Ausschuss für Kultur, Bildung, Sport und Stadtteilentwicklung.

**11. Antrag FDP Drs XIX/135
betr. Tradition der Schützenvereine stärken – Schützenfeste weiterhin ermöglichen !**

**Antrag CDU Drs XIX/179
betr. Durchführung des Fischbeker Schützenfestes**

Herr Schuster merkt an, dass das Ziel des Antrags mittlerweile erreicht worden sei, d.h. das Fischbeker Schützenfest könne wie gewohnt an Ort und Stelle stattfinden. Die Ereignisse im Vorfeld seien jedoch eingehend zu untersuchen; die FDP werde deshalb dem Antrag der CDU zustimmen und erkläre ihren Antrag für erledigt.

Herr von Harten hebt die Verdienste des Vereins – insbesondere im Bereich der Kinder- und Jugendarbeit hervor und plädiert für mehr Rücksichtnahme und Toleranz auf beiden Seiten. Die Verwaltung müsse für die Zukunft im Rahmen der geltenden Bestimmungen Voraussetzungen schaffen, mit denen Schützenfeste ohne Belastungen für alle Seiten durchgeführt werden können; die CDU fordere deshalb zunächst eine umfassende Berichterstattung über die Durchführung des Festes und die Ereignisse im Vorfeld im Regionalausschuss Süderelbe.

Herr Wiese begrüßt, dass es für dieses Jahr zu einer Einigung gekommen sei, und dankt dem Schützenverein Fischbek für sein konstruktives Verhalten. Er bittet im Antrag der CDU um Streichung des 1. Absatzes des Petitions, weil dieser erledigt sei; die SPD könne dann dem Antrag zustimmen.

Die Bezirksversammlung stimmt dem entsprechend geänderten Antrag CDU Drs XIX/179 neu einstimmig zu und überweist ihn zur weiteren Behandlung in den Regionalausschuss Süderelbe. Der Antrag FDP Drs XIX/135 wird für erledigt erklärt.

**12. Antrag SPD Drs XIX/201
betr. Zulassungs- und Gebührenordnung für Wochenmärkte**

Die Bezirksversammlung stimmt dem Antrag einstimmig zu.

**13. Antrag SPD Drs XIX/202
betr. Grabungen am Kaufhauskanal – Harburgs Ursprünge erkunden**

Die Bezirksversammlung stimmt dem Antrag einstimmig zu und überweist ihn zur weiteren Behandlung in den Ausschuss für Kultur, Bildung, Sport und Stadtteilentwicklung.

**14. Antrag CDU Drs XIX/176
betr. Historisch wertvolles Inventar „Consortium**

Der Vorsitzende bittet darum, das Petikum des Antrags wie folgt zu ändern:

„Die Verwaltung möge gegebenenfalls in Zusammenarbeit mit zuständigen Dienststellen von Fachbehörden prüfen, ob das historische und künstlerische Inventar der Szene-Kneipe „Consortium“ erhalten und gegebenenfalls an anderer Stelle in Harburg der Öffentlichkeit zugänglich gemacht werden kann.“

Die Bezirksversammlung stimmt dem entsprechend geänderten Antrag CDU Drs XIX/176 neu einstimmig zu.

**15. Antrag SPD Drs XIX/209
betr. Standortsuche am Sand endlich abschließen – WC für Marktbeschicker und Marktmeisterbüro
sowie öffentliches behindertengerechtes WC**

Die Bezirksversammlung stimmt dem Antrag einstimmig zu.

**16. Antrag SPD Drs XIX/194
betr. Fußgängerbrücke über die Landscheide in Bostelbek**

Die Bezirksversammlung stimmt dem Antrag einstimmig zu.

**17. Antrag CDU Drs XIX/177
betr. Infrastruktur für Festveranstaltungen**

Die Bezirksversammlung überweist den Antrag zur weiteren Behandlung in den Ausschuss für Wirtschaft, Umwelt und Verbraucherschutz.

**18. Antrag CDU Drs XIX/178
betr. Erarbeitung eines Lösungsvorschlags für den Wirtschaftsverkehr an der Anschlussstelle
Moorburg**

Herr Frommann spricht die im Bereich der Anschlussstelle Moorburg entstehenden Logistikparks an; schon jetzt sei die Verkehrslage an der Stelle sehr schwierig, weil sich die Fahrzeuge häufig in beiden Richtungen stauen würden. Er befürchte, dass nach Fertigstellung der Hallen im nächsten Jahr dort mit einem Verkehrskollaps zu rechnen sei. Deshalb sei die Erarbeitung eines Lösungsvorschlags – unabhängig von dem erforderlichen Gesamtverkehrskonzept – dringend geboten, um die Verkehrssituation zu entschärfen.

Herr Beeken stimmt zu, die SPD sehe diese Entwicklung ebenfalls mit Sorge. Trotzdem sollte auch dieses Problem im Zusammenhang mit dem geplanten Mobilitätskonzept behandelt werden, das demnächst im Stadtplanungsausschuss vorgestellt werden solle. Er beantrage deshalb die Überweisung des Antrags ohne Annahme in den Stadtplanungsausschuss.

Herr von Eitzen erklärt die Zustimmung der FDP zu diesem Vorschlag.

Herr Lübberstedt beantragt eine Ergänzung des Antrags; im Petikum solle hinter „reibungslosen Verkehr“ eingefügt werden: „bei dem auch die parkenden LKWs in ausreichendem Maße berücksichtigt

werden“. Die CDU lehnt diese Ergänzung ab.

Die Bezirksversammlung überweist den Antrag CDU Drs XIX/178 mit Mehrheit zur weiteren Behandlung in den Stadtplanungsausschuss.

**19. Antrag Grüne/GAL Drs XIX/157
betr. Umsetzung Tempo 30 für Estedeich und Cranzer Elbdeich**

Herr Wolkau fordert für den Cranzer Elbdeich eine möglichst zügige und für den Estedeich eine möglichst sorgfältige und nachhaltige Umsetzung von Tempo 30 und appelliert an die SPD, mit den Bürgern vor Ort in Kontakt zu treten. Die GAL halte es für unerlässlich in Anbetracht der unterschiedlichen Interessen und deutlich geäußerten Forderungen der Bürger vor Ort, dass eine ernsthafte Auseinandersetzung damit stattfinde.

Herr von Eitzen beantragt eine punktweise Abstimmung des Petitums; die FDP werde den Punkten 2 und 3 zustimmen und den Punkt 1 ablehnen, weil es sich dabei um eine zu aufwändige und schwer zu beseitigende Übergangsmaßnahme handeln würde.

Herr Dose teilt mit, dass die SPD den Antrag ablehnen werde, weil ein Planfeststellungsverfahren durchgeführt werde, in dem eine angemessene Bürgerbeteiligung automatisch enthalten sei.

Die Bezirksversammlung lehnt den Antrag (alle 3 Punkte) mit Mehrheit ab.

**20. Antrag SPD Drs XIX/195
betr. Verlegung der HVV-Bushaltestelle „Neugrabener Heideweg“ am Falkenbergsweg in Richtung „Gödeke-Michels-Weg“**

Die Bezirksversammlung stimmt dem Antrag einstimmig zu.

**21. Antrag SPD Drs XIX/200
betr. Verlagerung der Bushaltestelle „Am Neugrabener Markt“ und Einrichtung je einer weiteren Bushaltestelle im Petershof für die Buslinie 240 und in Höhe des Brunnenschutzgebietes für die Buslinie 250**

Die Bezirksversammlung stimmt dem Antrag mit Mehrheit zu.

**22. Antrag CDU Drs XIX/180
betr. Sanierung des Falkenbergswegs**

**Antrag CDU Drs XIX/181
betr. Radfahrweg Falkenbergsweg**

Herr Frommann zieht den Antrag der CDU Drs XIX/180 zurück, da die Sanierung des Falkenbergswegs in der kommenden Woche beginnen werde, und weist darauf hin, dass es mittlerweile gesetzlich möglich sei, den einseitig vorhandenen Radweg in beide Richtungen zu befahren. Die bisherige Beschlusslage sehe lediglich einen markierten Schutzstreifen auf der Fahrbahn vor, der Kindern auf dem Schulweg nicht die nötige Sicherheit bieten würde. Er appelliere deshalb eindringlich an die Bezirksversammlung, einen Beschluss zur Herrichtung des Radweges zu fassen, damit dieser wieder wie früher in beide Richtungen befahren werden könne.

Herr Wiese entgegnet, dass im Regionalausschuss Süderelbe bereits mehrfach berichtet worden sei, dass die einzige rechtlich zulässige Lösung ein sogenannter Schutzstreifen wäre. Es gebe zwar mittlerweile – vorbehaltlich der Zustimmung des Bundesrats im Herbst – eine Änderung der StVO, mit der das gegenläufige Fahren auf einseitigen Radwegen erlaubt werde; die dafür erforderlichen Voraussetzungen (2 m Mindestbreite, gute Einsehbarkeit für Autofahrer, wenig Einmündungen und Einfahrten) würden am Falkenbergsweg jedoch nicht erfüllt. Er schlage die Überweisung des Antrags ohne Annahme in den Regionalausschuss Süderelbe vor.

Die Bezirksversammlung überweist den Antrag CDU Drs XIX/181 zur weiteren Behandlung in den Regionalausschuss Süderelbe.

**23. Antrag FDP Drs XIX/163
betr. Prüfungsräume für die TUHH**

**Antrag FDP Drs XIX/164
betr. TUHH Eingänge Gazertstraße und Eißendorfer Straße**

Herr Schuster führt aus, dass die jährlichen Prüfungen außerhalb Harburgs einen hohen finanziellen und organisatorischen Aufwand für die TU bedeuten würden. Um den Universitätsstandort Harburg zu unterstützen, werde die Verwaltung deshalb gebeten, nach geeigneten Prüfungsräumen im Bezirk zu suchen; dadurch könnten ggf. auch zusätzliche Einnahmen erzielt werden. Außerdem müsse die Sichtbarkeit der öffentlichen Zugänge zum Campus dringend verbessert werden; sie seien teilweise zugewachsen und wenig einladend.

Herr Rehbein schließt sich an; das äußere Erscheinungsbild der TU an den genannten Stellen sei akut verbesserungsbedürftig. Die SPD würde es ebenfalls begrüßen, wenn die Prüfungen in Harburg stattfinden und rechtzeitig geplant werden könnten; sie werde den Anträgen deshalb zustimmen.

Herr Klein macht deutlich, dass die TU eine eigene Verantwortung für die Herrichtung ihrer Eingänge und auch für die Suche nach Prüfungsräumen habe. Der Bezirk sei dafür nicht zuständig; die CDU werde daher beide Anträge ablehnen.

Die Bezirksversammlung stimmt den Anträgen mit Mehrheit zu und überweist sie zur weiteren Behandlung in den Regionalausschuss Harburg.

**24. Antrag Die Linke Drs XIX/148
betr. Kraftwerk Moorburg – Schadensereignis und die Folgen**

Die Bezirksversammlung stimmt dem Antrag einstimmig zu und überweist ihn zur weiteren Behandlung in den Ausschuss Wirtschaft, Umwelt und Verbraucherschutz.

**25. Antrag CDU Drs XIX/182 neu
betr. Francoper Straße – Geschwindigkeitsbeschränkung**

Herr Frommann verweist auf den sehr schmalen Fußweg an der Francoper Straße zwischen den Hausnummern 65 und 49. Da in diesem Bereich die kurvige und schlecht einsehbare Straße häufig von Fahrradfahrern und Fußgängern (Kindergarten- und Schulkinder) gekreuzt werde, sollte zu deren Schutz die Einrichtung einer Tempo-30-Zone oder alternativ die Installation eines Zebrastreifens geprüft werden.

Herr Wiese weist darauf hin, dass die Francoper Straße zu den Vorbehaltsstraßen gehöre, auf die der Bezirk keinen Einfluss habe. Die Polizei habe bei einem Vor-Ort-Termin festgestellt, dass deshalb die Einrichtung einer Tempo-30-Zone nicht möglich sei. Der „Diercksstegel“ sei ein Privatweg, der jederzeit geschlossen werden könne, sodass in diesem Bereich auch kein Zebrastreifen angelegt werden könne. Die SPD lehne somit den Antrag ab.

Die Bezirksversammlung lehnt den Antrag CDU Drs XIX/182 neu mit Mehrheit ab.

**26. Antrag CDU Drs XIX/186
betr. EHEC im Bezirksamtsbereich**

Die Bezirksversammlung stimmt dem Antrag einstimmig zu und überweist ihn zur weiteren Behandlung in den Ausschuss für Soziales, Gesundheit, Arbeit und Integration.

**27. Antrag Grüne/GAL Drs XIX/152
betr. Geschichtswerkstatt Harburg**

Die Bezirksversammlung stimmt dem Antrag einstimmig zu.

**28. Antrag Grüne/GAL Drs XIX/159
betr. Aufnahme in die institutionelle Förderung von Elbdeich e.V.**

Herr Schinkel erklärt, dass er aufgrund von Befangenheit an der Abstimmung nicht teilnehmen werde.

Die Bezirksversammlung nimmt Kenntnis und stimmt dem Antrag mit Mehrheit zu.

**29. Antrag CDU Drs XIX/184
betr. Regelmäßige Kontrolle des Spielplatzes Ecke Neugrabener Bahnhofstraße/Ostheide**

**Antrag Die Linke Drs XIX/222
betr. Regelmäßige Kontrolle des Spielplatzes Ecke Neugrabener Bahnhofstraße/Ostheide**

Die Bezirksversammlung stimmt dem Antrag der CDU einstimmig und dem Antrag der Linken mit Mehrheit zu.

**30. Antrag Die Linke Drs XIX/166
betr. Sicherung der noch vorhandenen Betreuerlogenarbeitsplätze in Neuwiedenthal**

Die Bezirksversammlung erklärt den Antrag einstimmig für erledigt.

**31. Vorlage Bezirksamt Drs XIX/138
betr. Perspektiven für die Großwohnsiedlung Neuwiedenthal durch das Rahmenprogramm Integrierte Stadtteilentwicklung (RISE)**

Die Bezirksversammlung stimmt der Drucksache einstimmig zu.

**32. Vorlage Bezirksamt Drs XIX/220
betr. Entwicklungsgebiet Zentrum Neugraben, Bahnhofssiedlung, Petershofsiedlung
hier: Abstimmung des Entwurfes „Integriertes Entwicklungskonzept (IEK)“**

Die Bezirksversammlung stimmt der Drucksache und somit dem Entwurf des IEK einstimmig zu.

33. Bürgerbegehren „Rettet den Schafshagenberg“ – siehe TOP 7a

34. Berichte aus den Fach- und Regionalausschüssen

34.1 Beschlussempfehlungen

34.1.1 Nachverdichtung Friedrich-List-Str./Zimmermannstr./Tilemannhöhe

Die Bezirksversammlung folgt der Empfehlung des Stadtplanungsausschusses und stimmt der Fortführung des Verfahrens mit einer informellen Beteiligung der Mieter und Nachbarn auf Grundlage der Varianten B, D und E einstimmig zu.

34.1.2 Umgestaltung des Tunnels zwischen Lüneburger Straße und Seevepassage

Die Bezirksversammlung folgt der Empfehlung des Stadtplanungsausschusses, stimmt dem Gestaltungskonzept sowie der Umsetzung des Ufer-Kunstwerks einstimmig zu und gibt die Mittel für die Planungsleistungen frei.

34.1.3 Zuschuss aus dem Verfügungsfonds Neuwiedenthal für das Kinderstraßenfest

Die Bezirksversammlung folgt der Empfehlung des Ausschusses für Kultur, Bildung, Sport und Stadtteilentwicklung und beschließt einstimmig einen Zuschuss in Höhe von 800,- Euro.

34.1.4 Entwicklungsgebiet Zentrum Neugraben – Beiratsempfehlung 01/2011

Die Bezirksversammlung folgt der Empfehlung des Ausschusses für Kultur, Bildung, Sport und Stadtteilentwicklung und stimmt der baulichen und gestalterischen Aufwertung von Pflanzbeeten in der Neugraber Bahnhofstraße einstimmig zu.

34.1.5 Entwicklungsgebiet Zentrum Neugraben – Beiratsempfehlung 02/2011

Die Bezirksversammlung folgt der Empfehlung des Ausschusses für Kultur, Bildung, Sport und Stadtteilentwicklung und beschließt einstimmig den Erhalt und die Aufwertung des Brückenbauwerks zwischen Elbmosaik und Cuxhavener Straße.

34.1.6 Stadtteilbeirat Neugraben – Nachträgliche Bewerbung

Die Bezirksversammlung folgt der Empfehlung des Ausschusses für Kultur, Bildung, Sport und Stadtteilentwicklung und stimmt der nachträglichen Bewerbung von Frau Antje Wenzel einstimmig zu.

34.1.7 Entwicklungsgebiet Zentrum Neugraben – Beiratsempfehlung 05/2011

Die Bezirksversammlung folgt der Empfehlung des Stadtteilbeirats und stimmt der Neugestaltung des Bauabschnitts Lupinenacker einstimmig zu.

34.1.8 Sanierungsgebiet Phoenix-Viertel – Sanierungsbeirat

Die Bezirksversammlung folgt der Empfehlung des Ausschusses für Kultur, Bildung, Sport und Stadtteilentwicklung und stimmt der Anwendung des Losverfahrens für die Benennung der 6 Vertreter aus Einrichtungen/Vereinen einstimmig zu.

34.1.9 Sanierungsgebiet Phoenix-Viertel – Beiratsempfehlung 02/2011

Die Bezirksversammlung folgt der Empfehlung des Ausschusses für Kultur, Bildung, Sport und Stadtteilentwicklung und stimmt der Teilfortschreibung des Erneuerungskonzeptes für das Grundstück Lassallestraße 18 einstimmig zu.

34.1.10 Antrag Die Linke Drs XIX/127 betr. Projekt für Freizeitgestaltung (PFG) – Suche nach einem Ersatzstandort

Die Bezirksversammlung folgt der Empfehlung des Ausschusses für Soziales, Gesundheit, Arbeit und Integration und stimmt dem Antrag einstimmig zu.

34.1.11 Projekt Ecocity – B-Planverfahren Harburg 68

Die Bezirksversammlung folgt der Empfehlung des Stadtplanungsausschusses und stimmt der Einleitung des vorhabenbezogenen Bebauungsplanverfahrens mit Mehrheit zu.

34.1.12 Lärmschutzwände an der Bahnstrecke Harburg-Hausbruch

Die Bezirksversammlung folgt der Empfehlung des Stadtplanungsausschusses und stimmt der Stellungnahme des Bezirks zum Plangenehmigungsverfahren einstimmig zu

34.2 Erledigte Drucksachen

Die Bezirksversammlung erklärt die in der Anlage aufgeführten Drucksachen einstimmig für erledigt.

34.3 Mitteilung SPD Drs XIX/225 betr. Benennung eines ständigen Vertreters für den Haushalts- und Vergabeausschuss

Die Bezirksversammlung nimmt Kenntnis.

35. Genehmigung der Niederschrift über die 3. Sitzung der Bezirksversammlung in der 19. Amtsperiode am 24. Mai 2011

Herr Heimath bittet darum, die Genehmigung der Niederschrift auf die erste Sitzung des Hauptausschusses nach der Sommerpause zu vertagen.

Die Bezirksversammlung ist einverstanden.

36. Bekanntmachungen gemäß § 9 der Geschäftsordnung

(siehe Anlage zur Tagesordnung vom 17.6.2011)

- 36.1** Der Hauptausschuss hat in seiner Sitzung am 14.6.2011 5 Drucksachen beschlossen.
- 36.2** Der Hauptausschuss hat in seiner Sitzung am 14.6.2011 12 Drucksachen beschlossen und an die zuständigen Ausschüsse überwiesen.
- 36.3** Der Hauptausschuss hat in seiner Sitzung am 14.6.2011 4 Drucksachen der 18. Amtsperiode und 5 Drucksachen der 19. Amtsperiode ohne Beschluss an die zuständigen Ausschüsse überwiesen.
- 36.4** Der Hauptausschuss hat in seiner Sitzung am 14.6.2011 13 Drucksachen der 18. Amtsperiode und 10 Drucksachen der 19. Amtsperiode für erledigt erklärt.
- 36.5** Der Hauptausschuss hat in seiner Sitzung am 14.6.2011 2 Drucksachen zur Kenntnis genommen.
- 36.6** Neue Anfragen
- 36.7** Mitteilungen aus dem Jugendhilfeausschuss

Die Bezirksversammlung nimmt Kenntnis.

B. Nichtöffentlicher Teil

Es liegt nichts vor.

gez. Schulz

für die Niederschrift:

Möller

Anlage zu TOP 34.2 der Niederschrift über die 4. Sitzung der Bezirksversammlung in der 19. Amtsperiode am 28. Juni 2011

Stadtplanungsausschuss

Antrag CDU Drs XIX/35 – Punkt 1
betr. Wohnungsbau Marktfläche Neugraben

Antrag CDU Drs XIX/87 neu
betr. Ergebnisse der Plandiskussion Windenergie

Ausschuss für Soziales, Gesundheit, Arbeit und Integration

Antrag CDU Drs XVIII/954
betr. Psychotherapie für Kinder und Jugendliche in Harburg

Ausschuss für Inneres, Bürgerservice und Verkehr

Antrag Grüne/GAL Drs XVIII/398 neu
betr. Radwegebenutzungspflicht

Gemeinsamer Antrag CDU/GAL Drs XVIII/772
betr. Pilotprojekt Gemeinschaftsstraßen im Bezirk Harburg

Antrag FDP Drs XVIII/817 neu
betr. Pilotprojekt Gemeinschaftsstraßen im Bezirk Harburg

Antrag Grüne/GAL Drs XVIII/1237
betr. Umgestaltung und Aufwertung öffentlicher Verkehrsflächen am Schloßmühlendamm